

Probleme durch werden“

Form am Rande einer
Autner sieht eine Mitschuld
erung aber scharf.



gegen die Justizreform.

Foto Anadolu

Justizsystem, das an diesem Montag verabschiedet werden soll. Hier müssen wir uns mit aller Kraft gegen die Pläne der Regierung stellen. Die Koalition ist dabei, die Zusammensetzung des Richterwahlausschusses zu ändern. Die Regierung hätte damit die vollständige Kontrolle über den Nominierungsprozess für die Richter am Höchsten Gericht – und an

allen anderen Gerichten. Das würde bedeuten, dass die regierende Koalition alle drei Gewalten beherrscht, Exekutive, Legislative und Justiz. Wenn das passiert, verlieren wir einen wesentlichen Wesenszug der westlichen Demokratien. Montesquieu hat schon 1748 geschrieben, dass es der erste Schritt auf dem Weg in die Tyrannei ist, wenn alle Macht in den Händen einer der Gewalten liegt.

Die Befürworter der Justizreform sagen, das Nominierungsverfahren für die Justiz sei zu lange von linksliberalen Netzwerken kontrolliert worden. Stimmt das nicht?

Das stimmt zumindest für die letzten 15 Jahre nicht mehr. Davor stimmte es bis zu einem gewisse Grad. In den 1980er- und 1990er-Jahren hatte das Höchste Gericht übermäßigen Einfluss auf den Wahlauschuss. Aber seit 2008 ist das Verfahren neu geregelt. Seitdem braucht man eine Mehrheit von sieben der neun Stimmen im Ausschuss, um höchste Richter zu ernennen. Da nur drei Richter in dem Gremium sitzen, haben sie viel von ihrer früheren Macht verloren. Seitdem beobachten wir etwas anderes, über das ich ausgesprochen froh bin: Verhandlungen innerhalb des Ausschusses, Absprachen und Kompromisse zwischen den unterschiedlichen politischen Gruppen.

Ein anderer heftig umstrittener Punkt ist, dass ausdrücklich festgeschrieben werden soll, dass die Knesset mit ihrer Regierungsmehrheit eine Entscheidung des Höchsten Gerichts überstimmen darf.

Für mich ist diese Regelung gar nicht so entscheidend. Sie ist aus der kanadischen Verfassung von 1982 kopiert. Ich finde nur, dass man eine breitere Mehrheit vorschreiben sollte, um ein vom Höchsten Gericht annulliertes Gesetz wieder in Kraft zu setzen. Nicht nur 61 von 120 Knesset-Abgeordneten, wie es die Koalition plant, sondern mindestens 70 Stimmen. Aber man muss auch sehen, dass beide Varianten eine Verbesserung zur heutigen Situation wären. Denn bislang gibt es hierfür überhaupt keine gesetzliche Regelung. Heute könnte die Knesset theoretisch mit einer Mehrheit von einer zu null Stimmen eine Entscheidung des Höchsten Gerichts überstimmen. Und mit der gleichen Mehrheit könnte sie „Grundgesetze“ in Kraft setzen, die die israelische Verfassung bilden. Das sind ganz offensichtlich schwere Anomalien im Rechtssystem unseres Landes, weil in Israel viele Fragen dieser Art nie gelöst wurden

Also sind die Pläne für die Justizreform in dieser Hinsicht besser als der Status quo? Zudem soll ja erstmals das Verfahren für „Grundgesetze“ geregelt werden, die in Israel die Rolle einer Verfassung haben. Auch hier schlägt die Regierung eine Mehrheit von 61 von 120 Knesset-Mitgliedern vor.

Ganz genau. Das ist eine große Verbesserung. Aber es ist immer noch eine sehr gefährliche Situation, weil jede Regierung in Israel grundsätzlich über die Mehrheit von 61 der 120 Abgeordneten verfügt. Damit kann sie jederzeit Grundgesetze mit dieser Mehrheit in Kraft setzen. Deshalb wäre ich dafür, eine Mehrheit von 80 Abgeordneten zu verlangen, um Grundgesetze zu erlassen. In einer liberalen Demokratie muss man für die Verabschiedung von Verfassungsbestimmungen auf breite Mehrheiten bestehen. Andernfalls würde es sehr leicht, Israel von seinem derzeitigen liberal-demokratischen Regierungssystem in eine Richtung zu transformieren, die sich viel mehr an jüdischen Traditionen und jüdischem Religionsgesetz anlehnen würde, die nicht unbedingt liberal-demokratische Werte verkörpern.

Ist das Ihre Befürchtung?

Alle sprechen im Moment über die Justizreform, aber die anderen Koalitionsvereinbarungen zwischen Likud und den fünf anderen Parteien sind ebenso problematisch. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes haben wir eine Koalition, in der fünf von sechs Parteien westliche Werte und die Grundsätze der liberalen Demokratie ablehnen. Netanjahus Likud ist eine nationalistische, aber in Teilen liberale und säkulare Partei. Doch die anderen fünf Koalitionsmitglieder eint vor allem eins: Die Verachtung gegenüber westlicher Kultur und demokratischen Werten – und der Wunsch, Israels Demokratie in ein theokratisches System zu verwandeln. Es hat mich vier sehr schmerzhaftige Tage gekostet, die Hunderten Abschnitte des Koalitionsvertrags zu lesen. Aber seitdem weiß ich: Wenn alle diese Pläne umgesetzt werden, wird sich das Wesen des Staates ändern. Es wird Israel zu einem deutlich religiöseren und weniger mit dem Westen verbundenen Land machen. Deshalb zieht es so viele Menschen zu den Protesten auf die Straße. Sie haben erkannt, dass sie vor einer fundamentalen Transformation stehen, wenn die Koalition ihre Pläne umsetzt.